



**Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.**



**Bundesverband  
WindEnergie e.V.**



**Bundesverband  
Solarwirtschaft**

## **Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft**

Berlin, 10. Januar 2007

Deutschland hat im ersten Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft in der EU und führt den Vorsitz in der G8-Runde. Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz sind erklärte Schwerpunkte der Arbeit in beiden Gremien. Die Bundesregierung hat damit die Chance, die Bedeutung Erneuerbarer Energien in Europa zu stärken und ihre Verankerung in der internationalen Politik zu verbessern. Europa muss weltweit zum Zugpferd und Wachstumsmotor für die Energiebranche der Zukunft werden.

Der BEE und seine Mitgliedsverbände begleiten den energiepolitischen Prozess innerhalb der EU und der G8-Staaten aufmerksam, jedoch mit zunehmender Sorge. Die EU-Kommission wird in ihrem am 10. Januar 2007 beschlossenen „Energiepaket“ falsche und aus Sicht der Erneuerbare-Energien-Branche unzureichende Weichenstellungen vornehmen. Die Entwicklung der Erneuerbaren Energien droht zu Gunsten so genannter „kohlenstoffarmer“ Technologien („low carbon“) wie der Kernenergie und der Illusion einer „CO<sub>2</sub>-freien“ Kohlenutzung gebremst zu werden. Der BEE und seine Mitgliedsverbände bekräftigen die zentralen Forderungen aus ihrem ausführlichen Positionspapier anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Der BEE erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich während ihrer Ratspräsidentschaft mit großem Nachdruck für den Beschluss anspruchsvoller, differenzierter und verbindlicher EU-Ausbauziele für Erneuerbare Energien im Jahr 2020 einsetzt. Neben einem Gesamtanteil am Energieverbrauch von mindestens 25 Prozent Erneuerbarer Energien sind dabei unbedingt auch verbindliche Teilziele für die Sektoren Strom, Wärme/Kälte und Mobilität sowie die einzelnen Mitgliedsstaaten festzulegen. In Übereinstimmung mit den europäischen Sparten- und Dachverbänden der Erneuerbaren Energien schlagen wir bis 2020 Ziele von 35 Prozent im Strombereich, 20 Prozent im Kraftstoffbereich und 25 Prozent im Wärme/Kälte-Sektor vor. Um langfristig Planungs- und Investitionssicherheit sicherzustellen, sollten darüber hinaus schon jetzt Ziele von mindestens 40 Prozent Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch im Jahr 2030 und 80 Prozent im Jahr 2050 beschlossen werden.

Zum gesamten Energiepaket der EU-Kommission müssen nun Diskussions- und Entscheidungsprozesse organisiert werden, die zu einer geeigneten Positionierung des Frühjahrsrates der Staats- und Regierungschefs sowie des Energieministerrates im Juni führen. Der deutschen Ratspräsidentschaft kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Neben dem konsequenten Einsatz für den Beschluss konkreter Ausbauziele fordert die Branche der Erneuerbaren Energien die Bundesregierung auf,

- sich für die rasche Verabschiedung einer EU-Richtlinie für Heizen und Kühlen mit Erneuerbaren Energien inklusive anspruchsvoller verbindlicher Ziele einzusetzen.
- für Deutschland schnell ein Regeneratives Wärmegesetz vorzulegen, das als anspruchsvolles Beispiel für andere EU-Mitgliedsstaaten dienen kann.
- sich mit aller Kraft für faire Marktbedingungen auf den europäischen Energiemärkten einzusetzen und in diesem Zusammenhang die Vorschläge der EU-Kommission konstruktiv zu unterstützen. Immer noch hat die traditionelle fossil-nukleare Energiewirtschaft strukturelle Vorteile gegenüber neuen Produzenten wie den Anbietern Erneuerbarer Energien. Diese Schieflage kann beispielsweise durch die konsequente Internalisierung externer Kosten und die Entflechtung der Eigentumsstrukturen in allen Bereichen der Energieversorgung behoben werden. Weiterhin muss in den Ausbau eines europäischen Stromnetzes investiert werden um wachsende Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien aufzunehmen und um den Wettbewerb im Strommarkt zu befördern.
- sich für die Festlegung von Obergrenzen für den Kraftstoffverbrauch neu zugelassener Kraftfahrzeuge einzusetzen. Eine Novelle der EU-Kraftstoff-Richtlinie muss den EU-Staaten zudem verbindliche Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien in diesem Bereich setzen.
- sich für einen EU-Aktionsplan für Offshore-Windenergie einzusetzen. Ein deutsches Marktanzreizprogramm für 3.000 Megawatt Offshore-Windenergie vor den deutschen Küsten kann hierfür Vorbild sein.
- dem Ausbau Erneuerbarer Energien eindeutige Priorität in den internationalen Energiebeziehungen einzuräumen. G8-Vorsitz und EU-Ratspräsidentschaft müssen darüber hinaus genutzt werden, um den Aufbau einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien voranzubringen.

*Das ausführliche Positionspapier des BEE und seiner Mitgliedsverbände anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kann hier heruntergeladen werden: [www.bee-ev.de](http://www.bee-ev.de)*

Kontakt für Rückfragen:

Milan Nitzschke  
BEE-Geschäftsführer  
Tel. 0174-2429918  
[milan.nitzschke@bee-ev.de](mailto:milan.nitzschke@bee-ev.de)

Rainer Hinrichs-Rahlwes  
Europapolitischer Berater des BEE  
Tel. 0172-5107786  
[rainer.hinrichs@bee-ev.de](mailto:rainer.hinrichs@bee-ev.de)